

DIE BESTE BILDUNG

Politik für die beste Bildung

Die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz ist geplagt von Unterrichtsausfällen, entlassenen Lehrern und einem immer weiter sinkenden Standard. Dies zeigt auch der Bildungsmonitor, bei welchem Rheinland-Pfalz nahezu jährlich absackt.

Bildung ist aber ein Aspekt der dringender denn je benötigt wird. Der Fachkräftemangel und die Abwanderungsrate aus Rheinland-Pfalz erfordern mehr Investitionen in den Bereich Bildung. Um Industrie und Arbeitsplätze anzusiedeln bedarf es noch mehr Förderung der Bildung. Die Bereiche Bildung umfassen hierbei den Beginn der frühkindlichen Bildung über die weiterführende Schulen bis hin zur akademischen Ausbildung oder aber der beruflichen Ausbildung. Die berufliche Ausbildung darf hierbei nicht mehr als Bildung zweiter Klasse angesehen werden, nein sie ist eine tragende Säule der Bildung neben der akademischen Ausbildung.

Zu meinen politischen Forderungen zählen bis heute folgende Positionen:

1. Flächendeckende Hilfsangebote für die frühkindliche Bildung über welche Eltern freiwillig entscheiden können.
2. Erweiterung der Kinderförderung in Kindergärten und Grundschulen im Verbund mit Logopäden, Ergotherapeuten und Bildungsträgern.
3. Flächendeckende Förderung von schulvorbereitenden Maßnahmen für Kinder mit Förderbedarf.
4. Förderung der Aus-, Weiterbildungs- und Hochschulplätze sowie die duale Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher.
5. Freie Wahl der Eltern für die Auswahl einer Grundschule ohne Bezirkszwang.
6. Förderung der sachkundigen Beratung von Eltern in Beratungs- und Bildungszentren zur Auswahl von Förderschulen oder inklusiven Schulen (Inklusion). Denn es darf keine Integration der Behinderten in die Gesellschaft gefordert werden, nein die Gesellschaft muss sich an die behinderten Menschen anpassen.

Positionen Steven Wink

7. Einrichtung von Sprachförderklassen mit der entsprechenden Bereitstellung von Lehrerstunden.
8. Förderung der Arbeit mit Medien- und Kommunikationstechniken für Lehrer und Lehrende.
9. Einsatz für die Schaffung einheitlicher Standards aller Schulen in allen Bundesländern.
10. Förderung von Ferienangeboten in den Schulferien.
11. Verbesserung der Lehrerversorgung und des Pool von Vertretungslehrern.
12. Stärkung der praxisnahen Ausbildung an weiterführenden Schulen zur Förderung der Berufsorientierung.
13. Stärkung der Position der Berufsbildenden Schulen.
14. Frühzeitige Kommunikation zwischen Schulen, berufsbildenden Schulen, der Wirtschaft und Verbänden.
15. Stärkung des Stellenwertes einer beruflichen Ausbildung und / oder Weiterbildung.